

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Juni 2021

hauptstadt magazin

Hohenschönhausen
**Gedenkstätte mit
Bildungsauftrag**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Michael Wittig

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

eigentlich war vorher schon klar, was der Berliner Rechnungshof jetzt auch offiziell bestätigt hat: Um die IT und die Personalplanung in der Berliner Verwaltung ist es außerordentlich schlecht bestellt! In der täglichen Praxis müssen die meisten von uns die traurigen Konsequenzen dieser Fehlsteuerungen ausbaden. Bleibt nur zu hoffen, dass die harsche Kritik des Rechnungshofs als unüberhörbarer Warnschuss bei den Verantwortlichen ankommt.

Erfreuliches ist über die Berliner Beihilfe-App, die großen Zuspruch findet, zu berichten und höchstes Lob verdient die hoch professionelle und effektive Arbeit in den Berliner Impfbüros. Leider überhaupt nicht vorausschauend und überlegt geplant sei dagegen die Impfbürofolge bei den Beschäftigten des Landes, beklagt der HPR. Hier stehen voreiligen Ankündigungen der Gesundheitsministerin fehlende Konzepte und Maßgaben gegenüber.

Mit positiven Nachrichten haben sich unsere Fachgewerkschaften zu Wort gemeldet: Die DSTG hat endlich die Übernahme aller Anwärter nach bestandener Laufbahnprüfung in ein Beamtenverhältnis erreicht und der Vorsitzende der gkl Betriebsgruppe Nahverkehr kann nach seiner Wahl in den Aufsichtsrat der Berlin Transport (BT) ein waches Auge auf die Geschäftspolitik des Unternehmens werfen. Die dbb jugend berlin hat sich mit den Jugendorganisationen der Berliner Parteien vernetzt und eine interessante Gesprächsreihe durchgeführt.

Unser Titelthema stimmt dieses Mal eher nachdenklich: Der Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen hat im Gespräch mit dem hauptstadt magazin die Gefahren autokratischer Systeme und für den hohen Wert der Demokratie ins Gedächtnis gerufen.

Eine angenehme Lektüre wünscht

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Landesverwaltung	
Rechnungshof kritisiert Komplettversagen bei der IT-Steuerung	4
Großer Zuspruch für Beihilfe-App	5
Neue Laufbahnverordnung für die Berliner Polizei	6
Jubiläum	
Viele Glückwünsche zum 60. Geburtstag von Frank Becker	7
Impfbüros	
Bestnoten für Organisation und Service	7
HPR	
Harsche Kritik an Gesundheitsministerin	8
Jugend	
Gut vernetzt!	9
Aus den Mitgliedsgewerkschaften	
Justiz: Modernisierungsgesetz in Kraft	10
Steueranwärter werden übernommen	11
gkl berlin im Aufsichtsrat der Berlin Transport	11
Titelthema	
Gedenkstätte Hohenschönhausen	12
Unterhaltung	
Preisrätsel	14
Zum Schluss	
Berichtigung	16
Verkehrssünden werden teurer	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr.

15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 18,

gültig ab 1.10.2020. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: Gedenkstätte Hohenschönhausen

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Rechnungshofbericht

Komplettversagen bei der IT-Steuerung!

Mit ungewöhnlicher Schärfe ist der Berliner Rechnungshof in seinem Jahresbericht 2021 mit der von der Senatsverwaltung für Inneres zu verantwortenden Umsetzung des E-Governmentgesetzes ins Gericht gegangen. Die für den IT-Einsatz der Berliner Verwaltung außerordentlich bedeutsame Migration der Informations- und Kommunikationstechnik auf das ITDZ sei weder ordnungsgemäß und wirtschaftlich vorbereitet noch umgesetzt worden. Der ursprüngliche Zeitplan, nach dem bis zum Jahr 2022 der überwiegende Teil der IKT-Arbeitsplätze zum ITDZ migriert werden sollte, werde weit verfehlt.

Kein überraschendes Resultat bei der Vielzahl der vom Rechnungshof gerügten Fehlentscheidungen, Unterlassungssünden und Kommunikationsdefiziten! Denn weder seien die für die Migration erforderlichen Ist-Daten systematisch erhoben worden noch liege eine ausreichende Dokumentation der Projektarbeit vor. Schlimmer noch – ohne Planungsunterlagen, Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Untersuchungen risikoreicherer Alternativen habe sich die Senatsverwaltung sehr frühzeitig auf ein Vorgehen festgelegt.

Zu den vom Rechnungshof monierten Unterlassungssünden zählen außerdem eine unzureichende Kommunikation mit den zu migrierenden Behörden und der fehlende Überblick über das benötigte IT-Personal.

Entsetzt über den „Blindflug“, in dem ein für die Funktionsfähigkeit der Verwaltung entscheidendes Projekt offenbar angegangen worden ist, zeigte sich dbb Landeschef Frank Becker: „Natürlich war uns aus der täglichen Praxis bekannt, dass es mit der IT an vielen Ecken und Enden knirscht, schon allein, weil unter den Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst kaum ausreichend qualifiziertes

IT-Personal zu gewinnen ist. Die Konsequenzen der jetzt vom Rechnungshof aufgedeckten grundlegenden Planungsfehler schon von Beginn der Migration an übertreffen jedoch unsere schlimmsten Befürchtungen bei Weitem.“

Tatsächlich prophezeit der Rechnungshof in seinem Bericht, dass das von der Senatsverwaltung geplante serielle Vorgehen bei der Migration „die Heterogenität der eingesetzten IT und die Uneinheitlichkeit der Prozesse und der Organisation beim IT-Einsatz für einen derzeit nicht überschaubaren Zeitraum sogar verstärkt, ohne dass sichergestellt ist, dass veraltete Technik oder die wirtschaftlichsten Prozesse und Organisationen vorrangig abgelöst werden“.

Personalplanung gerügt

Auch die Personalplanung des Senats wird vom Rechnungshof gerügt. Hauptkritikpunkt: Weder dem früheren Personalabbau noch dem derzeitigen Personalaufwuchs in der Hauptverwaltung und in den Bezirksverwaltungen liege eine aufgabenorientierte und sachgerechte Personaleinsatzplanung (PBE) zugrunde. Konkret treffe das für 40 Prozent der Stellen der Hauptverwaltung und nur 5 Prozent der insgesamt 22.132 Stellen in den Bezirksverwaltungen zu. Aber nur anhand eines valide ermittelten Personalbedarfs könne der Haushaltsgesetzgeber sein Budgetrecht sachgerecht ausüben, schreibt der Rechnungshof der Senatsverwaltung für Finanzen ins Stammbuch. PBE solle die Basis für künftige Personalbedarfskonzepte des Landes Berlin sein. Eine entsprechende normative Grundlage müsse geschaffen werden.

Schlampereien in Millionenhöhe hat der Rechnungshof auch im Zusammenhang mit der Versorgungslastenteilung bei länderübergreifendem Dienstherrwechsel festgestellt. Hauptursache: Die Dienststellen informieren das für die Versorgungslastenteilung zuständige Landesverwaltungsamt nicht in allen Fällen über vom Bund oder aus anderen Bundesländern zu ihnen versetzte Beamtinnen und Beamte. Dadurch war es dem LVWA nicht mög-

lich, seiner Aufgabe nachzukommen und entsprechende Einnahmen für das Land Berlin im Rahmen des VLT-StV zu erzielen. Zudem habe aber auch das LVwA die nach dem VLT-StV zu erstattenden Beträge nicht in allen Fällen korrekt berechnet.

Wirtschaftlichkeitskontrollen fehlen

Fehlende Wirtschaftlichkeitskontrollen bei der administrativen Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Förderprogramme moniert der Rechnungshof bei der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung. Ein IT-Begleitsystem, das 2014 in Auftrag gegeben und 2019 noch immer nicht alle notwendigen Funktionalitäten aufwies, sei ohne Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und Kontrollmechanismen an einen Treuhänder vergeben worden und habe bereits Kosten von rund 2,7 Millionen Euro verursacht.

Vielfaches Millionengrab ZOB

Um ganz andere Beträge geht es bei den Umbaumaßnahmen am zentralen Omnibusbahnhof. Hier spricht der Rechnungshof von einer „wahren Kostenexplosion“ durch Bauverzögerung und elementare Planungsfehler.

Die im September 2014 aufgestellten Bauplanungsunterlagen hätten weder die Ausgangslage realistisch berücksichtigt noch den notwendigen Bedarf abgebildet. Auch in zahlreichen Umplanungen sei

der tatsächlich notwendige Baubedarf zu keinem Zeitpunkt im Zuge einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ermittelt und festgestellt worden. Die Versäumnisse der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz als Bauherrin, die unter anderem originäre Bauherrn Aufgaben vorschriftswidrig auf Dritte übertragen und so ihre Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten erheblich eingeschränkt habe, hätten erheblich dazu beigetragen, dass sich die geplanten Gesamtkosten der Baumaßnahme von geschätzten 3,7 Millionen Euro im Februar 2013 auf 36,9 Millionen Euro im Juli 2018 erhöht haben. Das entspricht einer Kostensteigerung auf das Zehnfache in fünf Jahren.

Teure Mietzuschüsse

Schwerwiegende Versäumnisse wirft der Rechnungshof auch der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen vor. Bei der Wohnraumförderung durch Mietzuschüsse im sozialen Wohnungsbau habe sie den Senat und das Abgeordnetenhaus nicht über die Anrechnung dieser Leistung auf das bundesrechtlich geregelte Wohngeld und die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf den Haushalt Berlins informiert und auch keine systematische begleitende Erfolgskontrolle durchgeführt

Ein umfassendes verwaltungsübergreifendes Kontrolldefizit hat der Rechnungshof schließlich auch im Bereich der betreuten Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderungen festgestellt. ■

Erfolgreiche Berliner Beihilfe-App

Schon über 40.000-mal ist die Berliner Beihilfe-App in den App-Stores von Apple und Google heruntergeladen worden. Und ihre Bewertungen durch die Benutzer können sich sehen lassen: Bei beiden Anbietern rangiert sie mit 4,6 und 4,8 Sternen im Spitzenfeld der Beihilfeleistungs-Apps am „Markt“.

Mit den Downloads ist die Nutzungsquote der App rapide angestiegen: Im März 2021 gingen bereits 42 Prozent aller Anträge nach Angaben des Landesverwaltungsamts auf diesem Wege ein und schon in Kürze wird eine weitere Zunahme auf die Hälfte erwartet.

Die unkomplizierte Antragstellung per App hat – so das Landesverwaltungsamt – inzwischen auch bewirkt, dass langfristiges Belegesammeln deutlich abgenommen hat. Die Benutzer der App machen ihre Ansprüche nämlich in der Regel zeitnah mit

nur ein bis drei Belegen geltend und müssen auf diese Weise in viel geringerem Ausmaß in finanzielle Vorlage treten als die Antragsteller, die eine Vielzahl von Belegen einreichen.



Das wiederum hat – trotz zunehmender Antragsmenge – auch die Arbeitssituation in der Beihilfestelle deutlich entspannt.

Aktuell muss trotz aller pandemiebedingter Einschränkungen mit einer Bearbeitungszeit von 18 Arbeitstagen gerechnet werden. ■

Polizeivollzugsdienst

Neue Laufbahnverordnung mit Systemfehler

Der Entwurf einer novellierten Laufbahnverordnung 2021 (PolLVO) enthält neben einigen zielführenden Weichenstellungen für die künftige Nachwuchsgewinnung im Polizeivollzugsdienst auch einen gravierenden Systemfehler. Das hat der dbb berlin in seiner gemeinsam mit der DPolG Berlin erarbeiteten Stellungnahme zu der geplanten Neuregelung gegenüber Innensenator Andreas Geisel festgestellt.

Begrüßt werden vom dbb berlin in dem Entwurf die Heraufsetzung der Altersgrenze für den Polizeivollzugsdienst, die weitestgehende Abschaffung der Höchstaltersgrenzen für den Aufstieg in den gehobenen Dienst und die Möglichkeit eines Bewährungsaufstiegs für leistungsstarke und berufserfahrene Beamtinnen und Beamte von A 12 in den höheren Dienst. Diese Maßnahmen seien geeignet, den Polizeivollzugsdienst auf dem stark umkämpften Arbeitsmarkt attraktiver zu machen und zeigten situationsgerechtes Handeln.

Dagegen ist für den dbb berlin nicht nachvollziehbar, warum der Entwurf nach wie vor von einer dreistufigen Laufbahn mit mittlerem, gehobenen und höheren Dienst ausgeht, obwohl das Berliner Laufbahngesetz aus dem Jahre 2011 die Anzahl der Laufbahngruppen auf zwei reduziert hat. Hier liegt ein Systemfehler vor, weil sich die Reform nur bedingt in der Verordnung widerspiegelt.

Korrekturbedarf sieht der dbb berlin auch, was die vorgesehenen eingeschränkten Möglichkeiten eines Wechsels des Laufbahnzweigs innerhalb einer Laufbahnfachrichtung angeht. Hier sollte grundsätzlich ein Wechsel auf Antrag ermöglicht werden, wenn keine dienstlichen Belange entgegenstehen.

Bedenken macht der dbb berlin gegen die vorgesehene Einstellung von Bewerbern mit zweckdienlichen Bachelorabschlüssen nach stark verkürztem beziehungsweise ohne Vorbereitungsdienst geltend. Derartige Maßnahmen müssten zumindest als befristet ausgewiesen werden. Generell warnt der dbb berlin in diesem Zusammenhang vor einer zu starken Absenkung laufbahnrechtlicher Vorschriften, um die Leistungsfähigkeit der Polizei nicht zu gefährden.

Mit Blick auf das Einstiegsamt A 8 im Nachbarland Brandenburg empfiehlt der dbb berlin schließlich das Einstiegsamt in Berlin entsprechend von A 7 auf A 8 anzuheben. ■

DPolG-Jugend

Zwei Sitze gewonnen

Bei den Wahlen für die Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) der Berliner Polizei hat die DPolG-Jugend zwei Sitze gewonnen, je sechs Sitze gingen an die Unabhängigen und die GdP. In der konstituierenden Sitzung wurden Timo Knobloch (GdP) zum Vorsitzenden und Emre Aslan (DPolG) zum 1. Stellvertreter gewählt.

Das Führungsgremium, dem auch Nathalie Haß (GdP) als 2. Stellvertreterin angehört, ist entschlossen, mit großem Engagement bei der Behördenleitung für die Interessen der jungen Kolleginnen und Kollegen einzutreten und für Verbesserungen zu werben.

Emre Aslan: „Wir haben eine Reihe von Themen, die wir angehen wollen und werden. Die GJAV ist ein wesentliches Instrument, um unsere Interessen an

die Verantwortlichen heranzutragen. Wir sind bereit und als zentraler Ansprechpartner dankbar für Hinweise von euch allen.“

In den nächsten Wochen will man sich gemeinsam über die zentralen Themen austauschen. Dazu zählen Forderungen nach einem ABC-Ticket/Semesterticket für alle und Sportunterricht in HWR-Nähe ebenso wie die Beachtung der Corona-Einschränkungen bei Prüfungen. ■



© Friedhelm Windmüller

Herzlichen Glückwunsch, Frank Becker!

Der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, hat am 3. Mai seinen 60. Geburtstag gefeiert – in Pandemiezeiten notgedrungen im allerengsten privaten Kreis. An Glückwünschen hat es dem Jubilar aber keineswegs gefehlt: Freunde, Mitarbeiter, Gewerkschafter, Verwaltungsangehörige, Politiker und viele andere prominente und nicht prominente Berlinerinnen und Berliner wünschten dem dbb Landeschef nicht nur Glück und Gesundheit, sondern zollten seiner Arbeit für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hohe Anerkennung.

Allen voran der Regierende Bürgermeister der Stadt, Michael Müller, der im Namen des Senats die herzlichsten Glückwünsche überbrachte und auch die Verdienste von Frank Becker in seinem Gratulations schreiben auf den Punkt brachte:

„Seit vielen Jahrzehnten engagieren Sie sich dafür, dass die Interessen der vielen Beamtinnen und Beamten im Landesdienst stärker wahrgenommen werden. Zunächst als Landesvorsitzender der gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin, dann viele Jahre als stellvertretender Landesvorsitzender des dbb berlin, bevor Sie 2013 dann zum Landesvorsitzenden gewählt wurden“, heißt es wörtlich in dem Schreiben, in dem Müller herzlich für das langjährige Engagement dankt.

Auch für den öffentlichen Dienst findet der Regierende Bürgermeister sehr wertschätzende Worte: „Der

öffentliche Dienst ist das Rückgrat unserer Metropole Berlin und wir sind froh, uns auf die vielen aktiven und engagierten Beschäftigten jeden Tag verlassen zu können. Sie arbeiten mit hohem Einsatz dafür, dass die Räder unserer Stadt auch in Corona-Zeiten nicht still stehen und die Bürgerinnen und Bürger vielfältigste Dienstleistungen in Anspruch nehmen können.“

Und zustimmen wird man dem Berliner Regierungschef nur können, wenn er abschließend ausführt: „Da ist es gut, dass die Beschäftigten mit dem dbb berlin auch weiterhin einen engagierten und hartnäckigen Streiter für ihre Interessen haben.“

Diesen Worten und allen an den dbb Landeschef gerichteten guten Wünschen für Gesundheit, Zufriedenheit, Glück und Erfolg kann sich das hauptstadt magazin nur anschließen: herzlichen Glückwunsch! ■

Bestnoten für Berliner Impfzentren!

Bei allem Wirrwarr um die Impfkampagne gegen COVID-19, angefangen von Beschaffung und Nebenwirkungen der Impfstoffe über Prioritäten bis hin zu Lockerungen für Geimpfte ist ein Baustein über jeden Zweifel erhaben, nämlich die Arbeit der Impfzentren. Sie verdienen Bestnoten!

Mehrere Tausend Menschen werden täglich unter strikter Wahrung der Abstandsgebote durch die Berliner Impfzentren zur ersehnten Spritze mit einem Corona-Impfstoff geschleust, ohne dass es zu größeren Störungen im Ablauf, zu Hektik oder gar Missstimmungen kommt. Im Gegenteil, wie sich das hauptstadt magazin vor Ort im Impfzentrum Tegel überzeugen konnte, ist schon der Empfang ausgesprochen freundlich und einladend. Und genauso bleibt es auch an allen Stationen, die die zur Impfung eingeladenen Personen von der Registrierung über die Behandlung bis hin zum Stempel im Impfpass durchlaufen. Verlaufen kann man sich dabei übrigens in den weiträumigen Hallen nicht, dafür sorgen allgegenwärtige Helferinnen und Helfer, die freundlich die Richtung weisen und die Ströme der Impfwilligen so lenken, dass alle Kabinen ausgelastet sind. Langes Warten ist dabei kaum angesagt, lediglich nach der Impfung haben die Helferinnen und Helfer noch eine halbe Stunde lang ein waches Auge darauf, ob die Spritze auch von allen gut getragen wurde.

Die vielen Helferinnen und Helfer, denen die reibungslose Organisation und die auffallend gute Stimmung in den Impfzentren zu verdanken ist, sind bunt zusammengewürfelt. Den Löwenanteil stellen die hauptamtlichen Kräfte der Hilfsorganisationen, aber auch Soldaten der Bundeswehr, zahlreiche Beschäftigte aus dem Veranstaltungsgewerbe, die coronabedingt ohne Arbeit sind, und viele andere legen mit Hand an. Die Impfungen selbst werden von Ärzten, die vorrangig die Kassenärztliche Vereinigung stellt, vorgenommen.

Sie alle machen sich im hohen Maße verdient um das Wohl der Bevölkerung und vollbringen dabei ein ganz besonders Kunststück: Ihr Einsatz wird so gut wie ausnahmslos von allen Geimpften mit Bestnoten bedacht. Alle Achtung verdient deshalb das Deutsche Rote Kreuz, Landesverband Berlin, das federführend bei der Organisation der Impfzentren ist und ein Meisterstück abliefern. ■



Infotafel im Impfzentrum

Corona-Impfungen

HPR kritisiert eigenmächtige Ankündigungspolitik

Hart ins Gericht geht der Berliner Hauptpersonalrat (HPR) mit der Corona-Politik von Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci. „Das Durcheinander trägt Ihren Namen, Frau Gesundheitssenatorin!“, titelt der HPR sein Informationsblatt „hpr aktuell“ vom 3. Mai. Anlass ist der von der Senatorin am 30. April verkündete Impfstart für Menschen aus der dritten Prioritätsgruppe, zu der auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Verwaltungen zählen – allerdings nur, soweit sie in „besonders relevanter Position“ tätig sind.

Über diese Relevanz, zu der es bislang keinerlei einheitliche Vorgaben gibt, außer dass sie ziemlich willkürlich auf zwölf Prozent des Personals begrenzt ist, soll die Dienststellenleitung in Abstimmung mit dem jeweiligen Personalrat entscheiden, nach welchen Kriterien auch immer.

Denn wer spätestens jetzt mit den schon lange vom HPR angemahnten landesweiten Vorgaben oder Hinweisen für die Priorisierung des Personals bei der Impfreihenfolge gerechnet hat, sieht sich bitter enttäuscht. Auch über den geplanten Einsatz von Betriebsärzten ab Mitte Mai schweigt sich die Senatorin aus.

Voreiliger Startschuss

Die Tatsache, dass innerhalb des öffentlichen Dienstes noch alle Fragen offen seien, hat Kalayci allerdings nicht gehindert, mit einem voreiligen Startschuss an die Presse zu gehen und sogar eine Hotline bekannt zu geben.

Die Konsequenz: Auch ohne Arbeitgeberbestätigung unter rein subjektiver Einschätzung der eigenen Relevanz kann jetzt versucht werden, einen Impftermin zu ergattern. Kein Wunder, dass der HPR erhebliche Unruhe in den Dienststellen wegen der anscheinend eigenmächtigen Ankündigungspolitik der Senatorin beklagt, sieht er sich doch mit unzähligen Nachfragen, Rücksprachen und vor allem wachsendem Unmut der Beschäftigten konfrontiert.

Keine Resonanz auf HPR-Vorschlag

Auch um „Impfneid“ zu vermeiden, wäre eine vernünftige Planung, gute Kommunikation und in der Folge eine reibungslose Umsetzung nötig gewesen. Wie das gehen kann, hatte der HPR

schon Anfang April 2020 aufgezeigt, als er neben dem landesweiten Krisenstab eine spezielle Organisationseinheit für die Belange des öffentlichen Dienstes gefordert hatte. Ein solcher Stab hätte sämtliche Beschaffungsfragen für Corona-Schutzmaßnahmen, Testungen und Impfungen für den öffentlichen Dienst vorbereiten und koordinieren können. Die Forderung verhallte aber leider bis heute ungehört. ■

Was ist eigentlich „relevantes“ Personal?

Aus HPR-Sicht lässt sich die Relevanz jedenfalls schon mal nicht aus der Höhe der Besoldung beziehungsweise Vergütung ableiten.

Kontakthäufigkeit in den Innenräumen ohne zusätzliche räumliche Schutzmaßnahmen wäre da schon eher ein taugliches Kriterium. Für den hierarchisch strukturierten öffentlichen Dienst mit bemerkenswerten Konsequenzen: Beschäftigte der Poststellen können nämlich durchaus relevanter sein als Führungskräfte. Und wer als Sachbearbeiterin beziehungsweise Sachbearbeiter viele Kontakte mit Auszubildenden hat, überbietet in Sachen Relevanz möglicherweise die Ausbildungsleitung. Sozialarbeitende bei der Justiz oder in den Landesämtern dürften ihren Kolleginnen und Kollegen in den bezirklichen Jugendämtern, die komplett geimpft werden, in Sachen Priorität in nichts nachstehen.

Alles andere als einfache Entscheidungen, wie die Beispiele zeigen. Kein Wunder also, dass der HPR schon frühzeitig und unermüdlich darauf hingewiesen hat, dass die Dienststellen einen gewissen Vorlauf brauchen, um die Fragen nach der Relevanz des Personals abzustimmen.



dbb jugend berlin

Gut vernetzt!

Die dbb jugend berlin hat die Woche vor Pfingsten bestens genutzt und in vier Videokonferenzen gemeinsame Positionen mit den Jugendorganisationen der Berliner Parteien CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linken abgeklopft. Die virtuellen Begegnungen hatten darüber hinaus eine bessere Vernetzung der Jugendorganisationen untereinander zum Ziel. Umso bedauerlicher, dass die Jusos sich nicht beteiligen wollten.

Eröffnet wurde die Gesprächsreihe am 20. Mai mit dem erst kurz zuvor in sein Amt gewählten Vorsitzenden der Jungen Union Berlin, Alexander Meyer, der auf die Fragen des Vorsitzenden der dbbj berlin, Marcel Oehm, und seines Stellvertreters Tim Lauterbach mit außerordentlich guten Kenntnissen über die Situation im öffentlichen Dienst aufwarten konnte. Kein Wunder, Meyer ist Zollbeamter im Vollzugsdienst und Mitglied im BDZ im dbb.

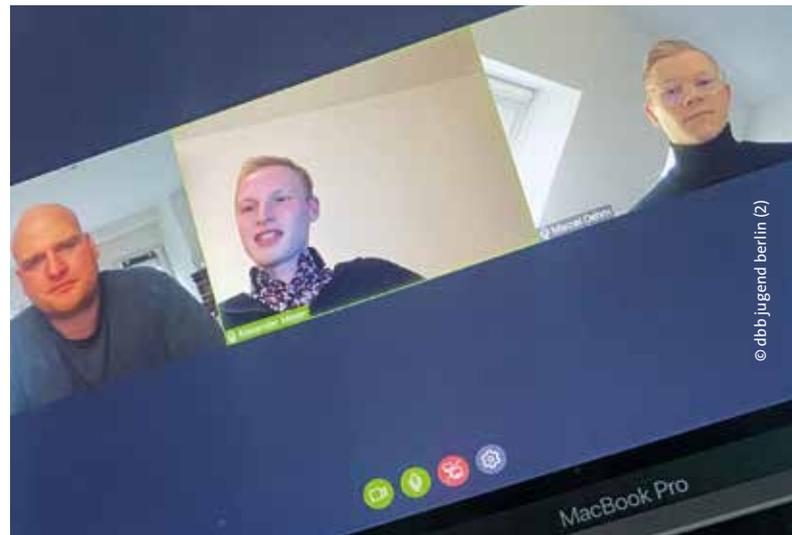
Der Gesprächsverlauf zeigte, dass die Positionen der Jungen Union Berlin und der dbb jugend berlin kaum auseinanderliegen. So ist man sich einig über gravierende Attraktivitätsdefizite des öffentlichen Dienstes für junge Bewerber, über die Notwendigkeit der Lehrerverbeamtung und die Ablehnung einer Bürgerversicherung.

Hauptproblem: Mangelnde Wertschätzung

Meyer leitete die Missstände im Berliner öffentlichen Dienst wie unzureichende Bezahlung, fehlende Aufstiegsmöglichkeiten, enge Laufbahnschranken, mangelhafte Ausstattung der Arbeitsplätze und starre Arbeitsabläufe von einem Kernproblem ab, nämlich der mangelnden Wertschätzung für den öffentlichen Dienst und insbesondere für seine Beamtinnen und Beamten durch Politik und auch Bürger. Dabei habe die gegenwärtige Krise einmal mehr gezeigt, dass es „Beamtinnen und Beamte sind, die den Staat zusammenhalten“.

Das Wertschätzungsproblem, so Meyer, erkläre die gravierenden Versäumnisse in der Personalentwicklung der letzten Jahrzehnte mit der Folge, dass „alle Behörden jetzt jungen Menschen hinterherrennen“.

Für das überfällige Umsteuern der Politik setzt die Junge Union klare Prioritäten: krisensichere Kinderbetreuung, Besoldung auf Bundesniveau, kostenloses ABC-Ticket der BVG als Anreiz und ökologischen Beitrag sowie Abschaffung des demotivierenden Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG). „Sinnvoller wäre vielleicht eine Stelle, die feststellt, wie es den Beamtinnen und Beamten geht“, drehte Meyer



© dbb jugend berlin (2)

im Zusammenhang mit dem LADG den Spieß kurzerhand einmal um.

Bei so viel Einvernehmen nimmt es nicht weiter Wunder, dass beide Jugendorganisationen in Zukunft ihre Zusammenarbeit weiter intensivieren wollen.

Vorreiter bei Klimaschutz

Gesellschaftlich übergreifende Themen, in denen der öffentliche Dienst durchaus eine wichtige Rolle spielen sollte, schnitten am Folgetag Luisa Meyer und Kai Sisterhenn vom Landessprecher:innenrat der Linksjugend [solid] an.

Wünschenswert wäre für die Linksjugend insbesondere eine Vorreiterrolle des öffentlichen Dienstes beim Klimaschutz. Konkret hieße das etwa: Videokonferenzen statt Dienstreisen, weniger Individualverkehr durch Arbeit im Homeoffice, klimaneutrale Büros und Abschied von den Papierfluten zugunsten von E-Dokumenten in den Büros. Insofern ist auch für die Linksjugend eine schnelle und effiziente Digitalisierung der Landesverwaltung ein Muss. Die 19-jährige Luisa Meyer erinnerte sich in diesem Zusammenhang noch sehr gut an die erst kurz zurück-

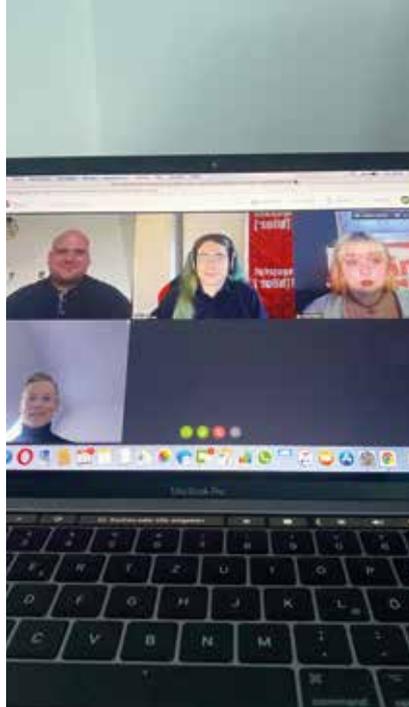
Meinungsaustausch mit dem Vorsitzenden der Jungen Union Berlin: Tim Lauterbach, Alexander Meyer und Marcel Oehm (von links)

liegenden eigenen Schulerfahrungen, die unter anderem von der Unkenntnis vieler Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit den neuen Medien geprägt war, und forderte entsprechende Fortbildungen. Zugleich sei sicherzustellen, dass auch Schülerinnen und Schüler aus prekären Verhältnissen guten Zugang zur digitalen Welt erhalten.

Ebenfalls im Interesse des Klimaschutzes denkt die Linksjugend auch an die Vergesellschaftung wichtiger Versorgungsanbieter, etwa von Elektrizität, Wasser oder Gas. Die öffentliche Hand müsse hier stärkeren Einfluss gewinnen, unterstrich Kai Sisterhenn.

Verkrustungen aufbrechen

Um den öffentlichen Dienst attraktiver für junge Menschen zu gestalten, gilt es nach Meinung der beiden Mitglieder im Sprecher:innenrat der Linksjugend verkrustete Strukturen aufzubrechen. Neben besserer Aus- und Fortbildung müssten insbesondere in den unteren Einkommensgruppen, wie beispielsweise im Pflegebereich, gerechte Löhne gezahlt, generell die Laufbahnschranken beseitigt und bessere Arbeitsbedingungen angeboten werden.



Videokonferenz mit der Linksjugend [solid]: Tim Lauterbach, Kai Martin, Luisa Meyer und Marcel Oehm (von links)

Um schließlich der auch für junge Menschen besonders schwierigen Wohnungssituation in Berlin zu begegnen, will sich die Linksjugend nicht mit dem Neubau landeseigener Wohnungen zufrieden geben: „Enteignen und Bauen ist durchaus kein Gegensatz“, erklärte Kai Sisterhenn entschieden.

Auch wenn dieser Ansatz sich nicht mit den Vorstellungen der dbb jugend berlin deckt, versprechen auch die gegen-

sätzlichen Positionen einen interessanten künftigen Dialog, über den sich die Gesprächsteilnehmer sehr schnell einig waren, zumal es an konstruktiven Ansätzen für eine Zusammenarbeit keineswegs gefehlt hat.

Über den virtuellen Meinungsaustausch der dbb jugend berlin mit dem Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen und der Sprecherin der Grünen-Jugend, David Jahn beziehungsweise Marlene Jahn, wird das hauptstadt magazin in der Juli-/August-Ausgabe berichten. Außerdem finden sich von allen Teilnehmenden Botschaften per Video auf den Social-Media-Kanälen der dbb jugend berlin. ■

Justiz

Modernisierungsgesetz in Kraft getreten!

Das Gesetz über die Modernisierung und Bereinigung von Justizgesetzen im Land Berlin ist in Kraft getreten. Mit dem neuen Justizgesetz sollen die bestehenden Vorschriften zur Justizorganisation zusammengeführt, bereinigt und modernisiert werden.

Die DJG Berlin hat daran im Rahmen der üblichen Beteiligungen der Fachgewerkschaften tatkräftig mitgewirkt, was mittlerweile auch von Justizsenator Dirk Behrendt gewürdigt wurde. In einem Schreiben des Senators an die DJG Berlin heißt es dazu wörtlich: „Auch dank Ihrer zahlreichen wertvollen Stellungnahmen im Laufe des Gesetzgebungsprozesses ist es uns gelungen, dieses Großvorhaben, das zum Teil sogar noch geltendes preussisches Recht bereinigt, zu einem Erfolg zu führen.“

Auch aus DJG-Sicht war es notwendig, die vielen einzelnen alten Zöpfe abzuschneiden und



die Gesetzgebung weitestmöglich zusammenzufassen. Tatsächlich sind mit dem Modernisierungsgesetz nicht weniger als 350 Vorschriften aufgehoben und damit deutlich mehr Transparenz geschaffen worden. Jetzt müsse sich das zentrale Gesetz mit nur noch 68 Vorschriften, in denen sämtliche Gerichtsbarkeiten einschließlich der Arbeitsgerichte eine Regelung finden, in der Praxis bewähren. Die DJG Berlin will auf jeden Fall mit dem Justizsenator im Gespräch bleiben, um möglichen Veränderungsbedarf erörtern zu können. ■

DSTG Berlin

Geschafft! – Anwärter werden übernommen!

Ein jahrzehntelanges zähes Ringen der DSTG Berlin hat ein glückliches Ende gefunden: Alle Anwärterinnen und Anwärter werden nach bestandener Laufbahnprüfung eingestellt – und zwar in ein Beamtenverhältnis!

Der Berliner DSTG-Chef Detlef Dames, der auf der Homepage seiner Organisation, www.dstg-berlin.de, den steinigen Weg zur jetzt erreichten Wiederherstellung des Status quo von 1996 (!) nachgezeichnet hat, zeigte sich erleichtert über den Erfolg und kündigte mit Blick auf die immer noch unzureichenden Ausbildungszahlen zugleich an, dass die DSTG Berlin auch weiter „dicke Bretter bohren“ werde.

Tatsächlich hat es 24 Jahre lang ein ständiges Wechselbad in Sachen Übernahme der Anwärter in Berlin gegeben: Notenabhängige Einstellung war eine Stellschraube, an der immer wieder gedreht wurde, aber auch eine restriktive Einstellungspraxis – zwei Jahre lang wurden sogar keine Anwärter übernommen – wurde von den zuständigen Finanzsenatoren lange praktiziert. Auch mit dem Status bei Übernahme hat man beim Senat kräftig jongliert: Vom Zwei-Drittel-Angestelltenverhältnis bis zur notenabhängigen Einstellung im Beamten- beziehungsweise Angestelltenverhältnis war alles dabei. Noch bis zu dem jetzt

endlich erreichten Durchbruch wurden Anwärtern mit der Prüfungsnote 4 in ein auf neun Monate befristetes Angestelltenverhältnis übernommen.

Langer Atem, Beharrlichkeit und Hartnäckigkeit der DSTG Berlin haben sich schließlich ausgezahlt. Und das soll sich auch nicht ändern.

Ausbildungszahlen steigern

O-Ton Detlef Dames: „Auch die Steigerung der Ausbildungszahlen auf demnächst 210 im mittleren Dienst und 270 im gehobenen Dienst ist ein dickes Brett, das über Jahre von der DSTG Berlin gebohrt wurde. Fest steht, dass die DSTG Berlin auch künftig sehr konsequent ihre Forderungen stellen und Ziele weiterverfolgen wird; denn klar ist: Auch die neuen Ausbildungszahlen reichen nicht aus, um den Personalbedarf in den Finanzämtern zu decken. Wir werden daher auch diese Zahlen nicht als End-, sondern als ein Zwischenergebnis sehen und weitergehende Forderungen stellen.“ ■

gkl berlin im Aufsichtsrat der Berlin Transport!

Zum ersten Mal ist die gkl berlin im Aufsichtsrat der Berlin Transport (BT) vertreten, und zwar mit dem Vorsitzenden ihrer Betriebsgruppe Nahverkehr, Christian Komorowski.

Bei den Wahlen am 4. Mai 2021 gelang es Komorowski, der über eine Gewerkschaftsliste kandidiert hatte, einen Sitz als einer von drei Arbeitnehmervertretern in dem Gremium zu erringen.

Über seine Aufgaben und Ziele im Aufsichtsrat der Berlin Transport hat der Vorsitzende der gkl Betriebsgruppe Nahverkehr schon sehr klare Vorstellungen entwickelt: „Es geht darum, die betriebliche Wirklichkeit, an der sich die Arbeitgeber zu orientieren haben, zu platzieren. Dank der engen Verzahnung mit



Christian Komorowski

ihren Betriebsräten und dank eigener gewerkschaftlicher Aktivitäten und Erfahrungen kann die gkl berlin dazu auch im Aufsichtsrat der Berlin Transport einen wertvollen Beitrag leisten, wenn es darum geht, die Unternehmensführung zu kontrollieren und ihre Strategien unter Praxisgesichtspunkten zu überprüfen.

Denn für uns steht fest: Die Interessen der Beschäftigten dürfen nicht allein im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen, sie müssen vielmehr stets auch die des Unternehmens selbst sein.“ ■

Gedenkstätte Hohenschönhausen

Für die Zukunft gerüstet!

Rund 500.000 Besucherinnen und Besucher zählt die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, die als ehemaliges Stasiuntersuchungsgefängnis wie kein anderer Ort das SED-Unrechtsregime veranschaulicht, normalerweise im Jahr. Führungen, Ausstellungen und Veranstaltungen über politische Verfolgung in der DDR stoßen auf ein überwältigendes Publikumsinteresse.

Restaurierte Zellen

Kein Wunder, wenn bei diesem enormen Zuspruch nach über 20-jährigem Betrieb deutliche Abnutzungsspuren an den Gebäuden und Einrichtung sichtbar geworden sind. Über zwei Jahre hinweg bis in dieses Frühjahr hinein sind deshalb die Mängel beseitigt worden, und zwar so, dass weder Haftzellen noch Verhörräume etwas von ihrer ursprünglichen bedrückenden Optik eingebüßt haben. Gleichzeitig hat moderne Technik Einzug gehalten, mit der die Gedenkstätte ihrem staatspolitische Bildungsauftrag jetzt auch verstärkt multimedial nachkommen kann.

Denn daran lässt der Direktor des Hauses, Helge Heidemeyer, im Gespräch mit dem hauptstadt magazin keinerlei Zweifel: Es geht in Hohenschönhausen nicht allein darum, mit dem Erhalt des Gefängnisses an die Schrecken der Vergangenheit zu erinnern, sondern vor allem darum, das Bewusstsein für die Gefahren autokratischer Systeme einerseits und für den hohen Wert der Demokratie andererseits zu schärfen.

Allein die Tatsache, dass die meisten der insgesamt 11.000 Häftlinge zu DDR-Zeiten wegen politischer Delikte in dem düsteren Bau in Hohenschönhausen einsaßen, spricht eine deutliche Sprache über das damalige Ausmaß an Unrecht und Willkür. Dass praktisch für jede Zelle ein Verhörraum vorgesehen war, verdeutlicht zusätzlich, mit welcher „Behandlung“ die Opfer der DDR-Justiz zu rechnen hatten.

Originalzustand erhalten

Insofern präsentiert sich die Gedenkstätte als bedröhtes Zeugnis der menschenverachtenden Willkür totalitärer Systeme. „Deshalb haben wir bei den zurückliegenden Renovierungen auch sehr strikt darauf geachtet, das Flure, Zellen und Verhörräume exakt in dem Zustand erhalten geblieben sind, der zu DDR-Zeiten herrschte. Restaurateure, Tischler und Maler haben beispielsweise die Verhörräume vom Fußboden über das Mobiliar bis hin zu den Tapeten im Original so bedrückend und authentisch erhalten, wie die Untersuchungsgefangenen sie erlebt haben“, betont Helge Heidemeyer.

Auf Authentizität setzt die Gedenkstätte auch bei den angebotenen Führungen, die großenteils von Zeitzeugen übernommen werden.

Lernen aus der Geschichte

Während auf der einen Seite in den Erhalt der ursprünglichen Ausstattung investiert wurde, haben andererseits zusätzliche technische Neuerungen Einzug gehalten, um den Anforderungen an Brandschutz und Barrierefreiheit gerecht zu werden. Aber auch neue mediale Möglichkeiten wurden geschaffen, die die düstere Vergangenheit des Hauses zurückholen – immer auch mit dem Ziel, Besucherinnen und Besucher, zu denen er-



Helge Heidemeyer

freulich viele Schülergruppen zählen, zum Nachdenken und zum Lernen aus der Geschichte anzuregen. So können in einigen Zellen jetzt Videos mit vertiefenden Informationen, unter anderem Erfahrungsberichte ehemaliger Häftlinge, abgerufen werden.

Auch drei zusätzliche, dringend benötigte Seminarräume sind mit den zur Verfügung gestellten Mitteln eingerichtet sowie überfällige Gebäudesanierungen vorgenommen worden.

Budgetrahmen eingehalten

Insgesamt waren der Stiftung, die Träger der Gedenkstätte ist, nach Angaben Heidemeyers 8,7 Millionen Euro vom Bund und vom Land Berlin zur Verfügung gestellt worden. Höchst bemerkenswert, dass es nicht nur gelungen ist, diesen Budgetrahmen einzuhalten – er wurde sogar leicht unterschritten –, sondern dass die Arbeiten auch termingerecht nach den veranschlagten zwei Jahren abgeschlossen werden konnten. „Zu verdanken ist das auch der tatkräftigen Unterstützung durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der Denkmalschutzbehörde“, lobt Heidemeyer in diesem Zusammenhang.

Der coronabedingte Leerlauf beim Publikumsverkehr konnte insofern gut genutzt werden, allerdings stets begleitet von der Sorge um das Wohl der Handwerker in der Pandemie.

Die Gedenkstätte hat sich jedenfalls fit für die Zukunft nach Corona gemacht. Nicht weniger als 100 Referenten – 40 Prozent davon Zeitzeugen beziehungsweise ehemalige Insassen und 60 Prozent Historiker – warten darauf, wieder Schulklassen, Besuchergruppen und Einzelpersonen aus aller

Vernehmerzimmer



© Gvoon alias Arthur Schmidt



© Beatrice Bertel

Welt durch die Gedenkstätte führen zu können. Und auch Leiter Helge Heidemeyer wünscht nichts mehr, als dass sich das Haus wieder mit Leben füllt.

Führung mit einem Zeitzeugen

Gut gerüstet

Die Leitung der Gedenkstätte hat Heidemeyer erst im Juni 2019 übernommen. Für den Historiker war diese Aufgabe keineswegs Neuland. Schon in den Jahren 2003 bis 2005 hat er als erster wissenschaftlicher Leiter die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde aufgebaut und auch seine Erfahrungen als Leiter der Abteilung für Bildung und Forschung in der Stasiunterlagenbehörde in den Jahren 2008 bis 2019 kommen jetzt der Gedenkstätte sehr zugute. Bis 2012 war Heidemeyer darüber hinaus Mitarbeiter der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, was ihn zusätzlich im Hinblick auf den wichtigen politischen Bildungsauftrag seines jetzigen Amtes qualifiziert. Auch in dieser Hinsicht ist die Stiftung also gut für die Zukunft gerüstet. Umso mehr ist Helge Heidemeyer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu wünschen, dass diese Zukunft nicht mehr lange unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden muss.

Mehr Informationen über die Gedenkstätte Hohenschönhausen auf der Website <https://www.stiftung-hsh.de/>.

Auch wer nach Wegfall der Corona-Beschränkungen einen Besuch in der Gedenkstätte plant, findet dort alle notwendigen Hinweise. ■

Gedenkstätte

Berlin-Hohenschönhausen

Indianervolk	Backmasse	↙	Tänzerin	den Gehorsam verweigern	Unsere Gewinner! Mit Brotdosen für die Verpflegung außer Haus gewappnet sind die Gewinnerinnen und Gewinner unseres Mai-Preisausschreibens: Mania Raue, 12439 Berlin Frank Ruder, 10965 Berlin Eberhard Hempel, 14199 Berlin Michael Hermeking, 16556 Hohen Neuendorf F. Mandel, 13129 Berlin Das Lösungswort hieß „Maifeuer“.					Dasein, Existenz	ein Schiff stürmen	↙	Demonstage	Zensur					
↘	↘	2																	
zarte, anmutige Märchengestalt																		blütenlose Wasserpflanze	
Spion, Spitzel			zu keiner Zeit																
↘					sich endlich zu etw. entschließen	↘	kurze Handfeuerwaffe	Mediziner	↘	beseitigen, in Ordnung bringen	↘	jemandem selbst gehörend	Nachtvogel	↘	3				
Geräte- oder Bodensportler	Turnerabteilung					7	↘	↘	↘					Zank, Auseinandersetzung				Zeichengerät	
↘					Frage- und Antwort-Spiel				1	↘	sehr schnell fahren			↘				von Wasser umgebenes Land	
männliches Rind, Bulle			Besucher		Kleidungsstück		ohne Milde, hart							Körperteil zw. Kopf und Rumpf				Würde, Ansehen	
↘	8				Schreibwarenartikel					erfolgreich abwenden		4							
tschechische Hauptstadt		Grundstoffteilchen					kleine Metallschlinge							Verbundenheit, Vertrautheit					
↘				Strick						schmal; begrenzt				türkische Währungseinheit				6	
Gedichtzeile		trödeln; flirten							5				stacheliger Korbblütler						

PREISRÄTSEL

Besser erreichbar bleiben, ...

... auch wenn lange keine Steckdose in Sicht ist. Dafür sorgen die fünf Powerbanks, die die BBBank für die Gewinner unseres Juni-Preisausschreibens zur Verfügung gestellt hat.

Wenn Sie Wert auf zusätzliche Power legen, machen Sie mit und schicken Sie die richtige Lösung an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030.327952-20

Einsendeschluss ist der **15. Juni 2021**.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.





Berichtigung

Im Artikel „Senat missachtet Verfassungsgebot“, hauptstadt magazin 5/2021, Seite 6, wird fälschlich berichtet, das Bundesverfassungsgericht habe die Mietpreisbremse für nichtig erklärt. Richtig ist, dass das Gericht über den Mietendeckel entschieden und festgestellt hat, dass die Gesetzgebungskompetenz nicht dem Land Berlin zustand, da der Bund die Mietpreisfrage im BGB abschließend geregelt habe.



Verkehrssünden werden teurer

Die Verkehrsminister von Bund und Ländern haben sich auf drastische Erhöhungen der Bußgelder und Strafen in der StVO geeinigt. So soll der neue Bußgeldkatalog im Einzelnen aussehen:

- > Parken auf Geh- und Radwegen, unerlaubtes Halten auf Schutzstreifen und Parken und Halten in zweiter Reihe: bis zu 110 Euro
- > Unberechtigtes Parken auf einem Schwerbehindertenparkplatz: 55 Euro
- > Neu: E-Auto-Ladeplatz/Carsharing-Rarplatz zaparken: 55 Euro
- > Parkverstöße in Feuerwehrezufahrten oder Behinderung von Rettungsfahrzeugen: bis zu 100 Euro
- > „Ganz normales“ Knöllchen: bis zu 55 Euro
- > Durchfahren oder Nichtbilden einer Rettungsgasse: zwischen 200 und 320 Euro sowie ein Monat Fahrverbot
- > Lkw, die innerorts beim Rechtsabbiegen keine Schrittgeschwindigkeit fahren: 70 Euro
- > Vorschriftswidrige Nutzung von Gehwegen, linksseitig angelegten Radwegen und Seitenstreifen durch Fahrzeuge: bis zu 100 Euro
- > Auto-Posing (Verursachen von unnötigem Lärm, vermeidbarer Abgasbelastigung sowie belästigendes, unnützes Hin- und Herfahren: bis zu 100 Euro
- > Geschwindigkeitsübertretungen
 - innerorts: bis 10 km/h: 30 Euro
 - 11 bis 15 km/h: 50 Euro
 - 16 bis 20 km/h: 70 Euro
 - 21 bis 25 km/h: 115 Euro
 - 26 bis 30 km/h: 180 Euro
 - 31 bis 40 km/h: 260 Euro
 - 41 bis 50 km/h: 400 Euro
 - 51 bis 60 km/h: 560 Euro
 - 61 bis 70 km/h: 700 Euro
 - über 70 km/h: 800 Euro
 - außerorts: bis zu 10 km/h: 20 Euro
 - 11 bis 15 km/h: 40 Euro
 - 16 bis 20 km/h: 60 Euro
 - 21 bis 25 km/h: 100 Euro
 - 26 bis 30 km/h: 150 Euro
 - 31 bis 40 km/h: 200 Euro
 - 41 bis 50 km/h: 320 Euro
 - 51 bis 60 km/h: 480 Euro
 - 61 bis 70 km/h: 600 Euro
 - über 70 km/h: 700 Euro